

Stadtratssitzung vom 12. Mai 2022

Postulat P 2/2022**Jugendpostulat betreffend Einsetzung eines Jugendparlamentes**

Jugendpostulat von Dominik Jaggi (Erstunterzeichner) und Ronja Grieder (Zweitunterzeichnerin) sowie 43 weiteren Mitunterzeichnenden vom 16. Februar 2022; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen in der Stadt Thun ein Jugendparlament eingesetzt werden kann.

Begründung

In Thun gibt es zwar seit 2015 einen Jugendvorstoss, allerdings ist dies ein eher kleines und bedingt geeignetes Sprachrohr für die Jugendlichen. Ein Jugendparlament würde dies ändern. Die Jugend hätte nun eine bessere und einfachere Möglichkeit, sich in die Thuner Politik einzubringen. Ebenfalls bekäme der eher abstrakte Jugendvorstoss ein Gesicht durch die Mitglieder des Jugendrates.

Stellungnahme des Gemeinderates*Vorbemerkungen zum Instrument des Jugendvorstosses*

Beim vorliegenden Postulat handelt es sich um einen Jugendvorstoss. Seit der Einführung dieses Instrumentes ist dies nach der Jugendmotion betreffend Klimanotstand in der Stadt Thun (M 1/2019)¹ der zweite Jugendvorstoss in acht Jahren. Die Möglichkeit für 14- bis 18-Jährige, sich mit einem Jugendvorstoss direkt in die städtische Politik einzubringen, gibt es in Thun seit dem 1. Januar 2014. Die Diskussion über die Einführung des Jugendvorstosses wurde am 6. September 2012 vom Gemeinderat in einer Interpellationsantwort lanciert.² Eine daraufhin am 20. September 2012 eingereichte Motion der Fraktionen SP, SVP, BDP und Grüne überwies der Stadtrat am 18. Januar 2013 einstimmig.³ Mit einer Änderung des Stadtratsreglements führte der Stadtrat das neue Instrument am 24. Oktober 2013 einstimmig ein.⁴

¹ [Jugendmotion M 1/2019](#)

² [Interpellation I 6/2012 betreffend Anliegen der Thuner Jugendlichen](#) (Antwort auf Frage 3)

³ [Motion M 5/2012 betreffend Einführung einer Jugendmotion](#)

⁴ [Teilrevision Geschäftsreglement Stadtrat \(SRB 20/2013\)](#)

Der Gemeinderat begrüsst das politische Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Er setzte sich in den letzten Jahren mit verschiedenen Massnahmen für die Stärkung der politischen Bildung in der Stadt Thun ein.⁵ Zudem beauftragte er die Stadtkanzlei, das Instrument des Jugendvorstosses in der Stadt Thun unter Einbezug des Amtes für Bildung und Sport regelmässig und jugendgerecht zu bewerben, um sicherzustellen, dass diese Partizipationsform unter den Jugendlichen bekannt ist.^{6, 7} Die Diskussion über das vorliegende Jugendpostulat fördert die Bekanntheit dieses Instrumentes.

Stellungnahme zum Anliegen «Jugendparlament»

Die Frage eines Jugendparlamentes wurde in Thun vor 25 Jahren bereits einmal diskutiert. Die Thuner Stimmberechtigten lehnten am 13. April 1997 das entsprechende Reglement in einer Referendumsabstimmung mit 4'051 (56 %) zu 3'129 Stimmen (44 %) ab.⁸ Aufgrund dieses Volksentscheides war der Gemeinderat seither in Bezug auf die Frage der Einführung eines Jugendparlamentes eher zurückhaltend.⁹ Der vorliegende Jugendvorstoss gibt dem Gemeinderat Gelegenheit, seine bisherige Haltung zu überprüfen.

Gegenwärtig gibt es in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein rund 90 kommunale, regionale und kantonale Jugendparlamente (auch Jugendräte genannt), in denen insgesamt über 1'500 Jugendliche und junge Erwachsene aktiv sind. 57 Jugendparlamente sind Mitglied im Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ).¹⁰ Neun bernische Jugendparlamente sind im Verein «Jugendparlament Kanton Bern» organisiert (Jugendparlament Stadt Bern, Jugendparlament Biel/Bienne, Jugendparlament Köniz, Jugendparlament Berner Oberland, Jugendparlament Region Fraubrunnen, Jugendrat Spiez, Jugendrat Heimberg, Jugendrat Lyss, Jugendforum Ämmitau).¹¹

Die bestehenden Jugendparlamente sind sehr unterschiedlich organisiert und ausgestattet (z. B. in Bezug auf Wahlorgan, Wählbarkeitsvoraussetzungen, Anzahl Sitzungen, Arbeitsweise, Instrumente, finanzielle Unterstützung). Die konkrete Ausgestaltung eines Jugendparlamentes richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen einer Gemeinde. Es gibt zahlreiche unterschiedliche Modelle (bis hin zu digitalen Formen). Im Falle einer Überweisung des Jugendpostulates müsste geprüft werden, welche Organisationsform für Thun zielführend sein könnte. Dabei sind auch schlankere Organisationsformen denkbar als im abgelehnten Reglementsentwurf aus dem Jahr 1997.

Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, die politische Partizipation und die politische Bildung zu stärken und mit den Thuner Jugendlichen in einen Dialog zu treten (z. B. Jugend-Zukunftstage 2012¹² und 2016¹³, Einführung Abstimmungshilfe Easyvote,¹⁴ Einführung des Jugendvorstosses auf Anregung des Gemeinderates, Stadtratssitzung vom 22. Oktober 2015 im Gymnasium unter dem Motto «Politik geht zur Jugend» auf Initiative des damaligen

⁵ [Medienmitteilung vom 15. Oktober 2015](#)

⁶ [Aktionsplan 2019-2022 der Stadt Thun zur Einführung der kinderfreundlichen Gemeinde \(UNICEF-Label\)](#), Massnahme 2

⁷ [Medienmitteilung "Tag der Demokratie"](#)

⁸ [Abstimmungsbotschaft der Gemeindeabstimmung vom 13. April 1997](#)

⁹ [Interpellation I 6/2012 betreffend Anliegen der Thuner Jugendlichen](#) (Antwort auf Frage 4)

¹⁰ [Dachverband Schweizer Jugendparlamente \(DSJ\)](#)

¹¹ [Berner Jugendparlamente](#)

¹² [Medienmitteilung "Jugend-Zukunftstag" vom 2. Juni 2012](#)

¹³ [Medienmitteilung "Jugend-Zukunftstag" vom 2. April 2016](#)

¹⁴ [Medienmitteilung vom 2. März 2012](#)



Stadtratspräsidenten Thomas Hiltbold¹⁵, Legislaturziel 12 der Legislatur 2015-2018 mit den zwei Massnahmen «Politische Bildung stärken» und «Jugend-Zukunftstag durchführen»¹⁶).

In den letzten Jahren haben sich Jugendliche verstärkt mit klimapolitischen Forderungen in die öffentliche Diskussion eingebracht. Aktuell wird die Klimajugend von der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität in die Erarbeitung der Klimastrategie einbezogen. Ein verstärkter Einbezug der Jugend unterstützt auch die Zielsetzungen einer Smart City. Ein weiterer Einbezug von Jugendlichen erfolgt in der Begleitgruppe für die Erarbeitung eines Kinder- und Jugendleitbildes und in der Jury für das laufende Thuner Graffiti-Projekt.

Mit dem vorliegenden Jugendpostulat kommt die Initiative für die Einführung eines Jugendparlamentes aus dem Kreis der Jugendlichen. Dies ist eine gute Ausgangslage, um das Anliegen unter Einbezug der Jugendlichen (insbesondere des Erstunterzeichners und der Zweitunterzeichnerin) und des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente vertieft zu prüfen. Dabei müssten u. a. die konkrete Teilnahmebereitschaft der Jugendlichen sowie die finanziellen und personellen Auswirkungen eines Jugendparlamentes abgeklärt werden. Eine angemessene Anzahl teilnahmebereiter Jugendlicher und ein dynamisches, gut vernetztes Jugendparlamentssekretariat mit Erfahrung in Jugendarbeit sind wichtige Erfolgsfaktoren für ein Jugendparlament.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat bereit ist, das Jugendpostulat anzunehmen und die Frage eines Thuner Jugendparlamentes 25 Jahre nach der Volksabstimmung vom 13. April 1997 erneut zu prüfen.

Antrag

Annahme.

Thun, 30. März 2022

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller

¹⁵ [Medienmitteilung "Politik geht zur Jugend"](#)

¹⁶ [Legislaturziele 2015-2019](#), vgl. S. 3, 4 und 11